

News Archiv 2019

2019-12-29 08:51

[Abschiebestopp für Lehrlinge gilt](#)

Asylwerber in Lehre werden nicht mehr zwangsläufig abgeschoben. Am Freitag wurde das Gesetz verlautbart, seit Samstag ist es bereits in Kraft. All jene Flüchtlinge, deren Lehrvertrag wegen eines negativen Asylbescheids beendet wurde, können ihre Ausbildung ebenfalls fertig machen. Und zwar können sie das auch, wenn das höchstgerichtliche Verfahren negativ ausgehen sollte.

Insgesamt 80.000 Engagierte, darunter viel Prominenz und 2.000 Unternehmer sowie 135 Gemeinden haben das Vorhaben unterstützt.

Nationalrat stellte Mitte Dezember die Weichen

Dennoch sei die Gesetzesnovelle nur ein Teilerfolg, die Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ werde auch weiterhin aktiv bleiben, so Anschöber. Schon Mitte Dezember stimmte der Nationalrat mit Stimmen von ÖVP, SPÖ, NEOS und Grünen dafür. Nur die FPÖ stimmte gegen die Gesetzesänderung.

Der Abschiebestopp für Lehrlinge gilt für maximal vier Jahre, nicht bei Straffälligkeit, und schafft kein Aufenthaltsrecht nach dem Lehrabschluss. Betroffen sind fast 800 Asylwerber in Österreich. Konkret: all jene, die ihr Lehrverhältnis vor dem 12. September 2018 begonnen haben.

[Read more ... Abschiebestopp für Lehrlinge gilt](#)

2019-12-27 10:57

[SPÖ startet Initiative für nationalen Bildungskonvent](#)

Die SPÖ startet eine Initiative zum Thema Bildung. Die Partei wünscht sich einen nationalen, parteiübergreifenden Konvent, der eine Verbesserung in der Bildungspolitik herbeiführen soll. Parteichefin Pamela Rendi-Wagner und Bildungssprecherin Sonja Hammerschmid schrieben aus diesem Anlass einen Brief, der heute an alle Klubobleute der Parlamentsparteien geschickt wurde.

Bei dem angestrebten Bildungskonvent sollen „Bildungsziele außer Streit gestellt und der Weg zur Erreichung dieser Ziele erarbeitet werden“, heißt es in dem Schreiben. „Die Ergebnisse des Konvents sollen in Folge über Regierungswechsel hinweg Gültigkeit haben.“

Die SPÖ-Politikerinnen stellen in dem Brief außer Streit, „dass Bildung der zentrale Schlüssel für ein geglücktes und selbstbestimmtes Leben, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Beschäftigung und auch für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist“. Bildung wirke in alle Politikfelder und müsse daher „oberste Priorität haben“, folgern die beiden.

„Initiative Neustart Schule“

Kritik üben Rendi-Wagner und Hammerschmid am mittelmäßigen Abschneiden Österreichs beim PISA-Test und daran, dass Bildung in Österreich so stark vererbt werde wie sonst in kaum einem Land. „Aus unserer Sicht braucht es eine langfristige Strategie für Verbesserungen im Bildungssystem. Deshalb schlagen wir als sozialdemokratische Fraktion im Nationalrat einen nationalen Bildungskonvent mit allen im Nationalrat vertretenen Parteien sowie mit ExpertInnen, SchülerInnen, PädagogInnen und Eltern vor“, schreiben sie.

Im September habe es eine Veranstaltung der „Initiative Neustart Schule“ gegeben, bei der sich die Bildungssprecher der Parlamentsfraktionen auf eine gemeinsame Erarbeitung eines Bildungsplans, der über mehrere Gesetzgebungsperioden gelten soll, geeinigt hätten. Deshalb gibt sich die SPÖ zuversichtlich, dass es zu einem nationalen Schulterschluss kommen könnte, heißt es in dem Brief.

SPÖ erwartet Gesprächsbereitschaft der anderen Parteien

In erster Linie erwartet sich die SPÖ von den anderen Parteien Gesprächsbereitschaft. Im Fall von positiven Rückmeldungen könnten sich die Sozialdemokraten vorstellen, rasch einen Termin für ein fraktionsübergreifendes Treffen zu vereinbaren, teilten sie mit. Bildungspolitik dürfe nicht mehr länger eine Politik von Kompromissen zum Nachteil der Kinder sein, hieß es aus der Partei.

[Read more ... SPÖ startet Initiative für nationalen Bildungskonvent](#)

2019-12-24 15:03

[AK: Vermögen in Österreich besonders ungleich verteilt](#)

Die Vermögensverteilung ist in Österreich besonders ungleich, konstatiert Arbeiterkammer-Experte Matthias Schnetzer im APA-Gespräch. Die von der Österreichischen Nationalbank (OeNB) dazu seit 2010 erhobenen Zahlen zeigen in den letzten Jahren keine wesentliche Verbesserung. „Österreich ist im Spitzenfeld der ungleichsten Länder der Euro-Zone“, so der Ökonom.

Das sieht man an der Verteilung der Nettovermögen: Alleine das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 22,6 Prozent des gesamten Nettovermögens. Die reichsten fünf Prozent verfügen über 43,1 Prozent des Gesamtvermögens, die reichsten zehn Prozent haben 56,4 Prozent in ihrem Eigentum. Die reichsten 20 Prozent, also das reichste Fünftel, zählt 72,8 Prozent des Gesamtvermögens zu ihrem Besitz.

Kaum Veränderungen

Hingegen hat die ärmere Hälfte der Bevölkerung praktisch kein Vermögen: Auf die ärmeren 50 Prozent entfällt nur 3,6 Prozent des Gesamtvermögens. Dabei ergaben sich in allen drei bisher von der OeNB durchgeführten Befragungsrunden (2010, 2014, 2017) kaum Veränderungen.

Der sogenannte Gini-Koeffizient, der den Grad der Ungleichheit misst, lag bei der Erhebung im Jahr 2017 bei 0,73. Bei einem Wert von 1 hat ein einziger Superreicher alles Vermögen, beim Wert von 0 hat jeder genau das Gleiche. Je näher der Wert also bei 1 ist, desto ungleicher ist das Vermögen verteilt.

[Read more ... AK: Vermögen in Österreich besonders ungleich verteilt](#)

2019-12-18 09:23

ÖGK vor Start: Vorerst keine Änderung bei Krankenständen

Am Dienstag ist in der letzten Sitzung des zuständigen Ausschusses die geplante Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) für startklar erklärt worden. Dabei wurde die Leistungsharmonisierung abgesegnet, künftig sollen Krankentransporte überall gratis sein. Die zuletzt von der Wirtschaft geforderte Verschärfung der Krankenstandskontrollen kommt vorerst nicht – zunächst soll analysiert werden.

Das künftige Spitzengremium der ÖGK tagte heute noch ein letztes Mal in seiner Funktion als Überleitungsausschuss und fasste wichtige Beschlüsse für den angestrebten Start am Neujahrstag. Dann soll aus neun Gebietskrankenkassen und vier Betriebskrankenkassen die neue Kasse ihre Arbeit aufnehmen, und zwar mit harmonisierten Leistungen für die Versicherten.

Für die ÖGK wurden nun vereinheitlichte Satzungen beschlossen. Darin ist unter anderem festgeschrieben, welche Leistungen wofür gewährt werden. Wo es noch Satzungsunterschiede zwischen den Gebietskrankenkassen gab, werden die Leistungen nach oben harmonisiert.

Positiv für viele Versicherte ist die Tatsache, dass nun in allen Bundesländern die Bewilligungspflicht für Computertomografien und Magnetresonanztomografien bis Ende 2021 ausgesetzt wurde. Bisher wurde das in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt.

Längere Dauer bei Krankengeld

Eine Verbesserung der Leistungen für Versicherte gibt es in Zukunft auch beim Krankengeld. Für die Auszahlung des Krankengeldes ist eine einheitliche Höchstdauer bis zu 78 Wochen vorgesehen. Bisher waren in sieben Gebietskrankenkassen 52 Wochen Maximalbezugsdauer vorgesehen. Der Maximalbetrag für Heilbehelfe und Hilfsmittel wird einheitlich auf 1.342 Euro und für Rollstühle, Prothesen u. Ä. auf 3.580 Euro angehoben.

Neue Gesundheitskasse in Vorbereitung

Gänzlich abgeschafft wird der Eigenkostenanteil bei orthopädischen Maßschuhen für Kinder, für Erwachsene ist eine Senkung des Selbstbehalts vorgesehen. Verbesserungen sind auch im Bereich Zahnersatz, Kieferorthopädie und Zahnbehandlung geplant. Weiters sollen in ganz Österreich für Krankentransporte keine Selbstbehalte mehr verrechnet werden.

Leistungsvolumen von 15 Milliarden

Gesetzlich vorgeschrieben war der Beschluss der Satzungen erst bis Ende nächsten Jahres. „Es freut mich, dass es gelungen ist, dies alles ein Jahr vorher, als uns der Gesetzgeber vorschreibt, umzusetzen“, so der Vorsitzende des Überleitungsausschusses, Matthias Krenn. „Die Leistungen von allen neun Bundesländern wurden auf hohem Niveau harmonisiert“, so auch Barbara Teiber, Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten.

Der Wirtschaftsbund zeigte sich ebenfalls zufrieden. Nun werde der „Weg hin zu einer effizienten und modernen Krankenkasse im Sinne der Versicherten fortgesetzt“, sagte Generalsekretär Kurt Egger. Die Vorscheurechnung der ÖGK sieht ein Leistungsvolumen von fast 15,3 Milliarden Euro an Gesundheitsleistungen vor.

Krankenstände: Gewerkschaft zufrieden

Im Vorfeld der Sitzung hatte es heftige Debatten wegen einer möglichen Verschärfung der Kontrollen gegen Krankenstandsmissbrauch gegeben. In einem Forderungspapier der Wirtschaft für eine neue „Krankenordnung“ war enthalten, dass es bei Missbrauchsverdacht künftig „einen Anspruch des

Dienstgebers auf eine Prüfung des Gesundheitszustandes“ geben solle. In der Sitzung am Dienstag kam der Beschluss dazu aber nicht zustande.

„Zum Glück haben wir frühzeitig Alarm geschlagen“, sagte Teiber zur APA. „Das ist ein guter Tag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“ Die Wirtschaftsseite habe nicht mehr für eine Verschärfung gestimmt, nachdem der Vorschlag auch in der Bevölkerung auf breites Unverständnis gestoßen sei, vermutete Teiber. „Daher haben wir einen einstimmigen Beschluss, dass alles beim Alten bleibt.“ Für Beschäftigte gebe es im Moment „keine Veränderungen“ und daher auch „keine Verschlechterungen“, so Teiber. Der Dienstgeber hat also weiterhin bei Missbrauchsverdacht die Möglichkeit, die Durchführung einer Kontrolle des Dienstnehmers durch die Kasse anzuregen.

Wirtschaftsbund pocht auf Analyse

Der Wirtschaftsbund sprach am Dienstag von „Panikmache“ seitens der Gewerkschaft. Trotzdem brauche es ein entschiedenes Vorgehen gegen den Missbrauch von Krankenständen, so der Bund per Aussendung. Die Datenlage in Österreich sei „sehr dürftig“, die Kontrolle und Aufzeichnung von Krankenstandsmissbrauch werde in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt. Daher wurde die ÖGK mit der Erstellung einer genauen Analyse beauftragt. Auf Basis der neuen Daten könnten dann weitere Maßnahmen gegen Missbrauch beschlossen werden, so der Wirtschaftsbund.

Neue Logos, neue Namen

Die Vorbereitungen für den Start der ÖGK laufen inzwischen auf Hochtouren. Insgesamt wurden unter anderem 18.800 Formulare vereinheitlicht, 19.700 Mailadressen umgestellt, 12.500 Websites angepasst und 400 Telefonansagetexte geändert, teilte die ÖGK mit. „Wir haben den gesetzlichen Auftrag zur Zusammenführung der neun Gebietskrankenkassen und zum Aufbau der neuen ÖGK in extrem knapper Zeit umgesetzt“, sagte Bernhard Wurzer, Generaldirektor der ÖGK.

Für die rund 7,2 Millionen ÖGK-Versicherten ändert sich vorerst wenig: Für den Wechsel von ihrer Gebietskrankenkasse müssen sie nichts tun. Auch die E-Card bleibt gültig und wird deshalb nicht ausgetauscht. Alle Servicestellen der Gebietskrankenkassen bleiben erhalten, sie bekommen aber neue Logos und einen neuen Namen: „Mein Gesundheitszentrum“ mit dem Zusatz der jeweiligen Stadt oder Gemeinde soll die Versicherten künftig persönlich betreuen.

[Read more ... ÖGK vor Start: Vorerst keine Änderung bei Krankenständen](#)

2019-12-16 14:04

[Kassenreform: ÖGB und AK fordern „Rückgabe an Versicherte“](#)

Gewerkschaft und Arbeiterkammer haben heute ihre Enttäuschung über die Bestätigung der von ÖVP und

FPÖ beschlossenen Sozialversicherungsreform durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH) bekräftigt. In einer Pressekonferenz sahen Vertreter und Vertreterinnen beider Organisationen nun die Politik gefordert.

Die nächste Bundesregierung solle die Zusammenlegung neu aufsetzen. Es brauche eine „Rückgabe der ÖGK“, also der aus den neun Gebietskrankenkassen entstehenden neuen Österreichischen Gesundheitskasse, „an die Versicherten“, wurde in einem Papier gefordert.

„Feindliche Übernahme“

Arbeiterkammer-Direktor Christoph Klein kritisierte, dass Beamte oder Selbstständige über ihre eigenen Versicherungen verfügten, in die ihnen niemand hineinregiere, die Arbeitnehmer aber nicht mehr.

Zumindest auf politischer Ebene sei das Demokratieprinzip damit klar verletzt, auch wenn der VfGH – „fußballerisch“ gesprochen – den Ball nicht über der Outline gesehen habe. 160.000 Unternehmer könnten nach dieser „feindlichen Übernahme“ nun über 7,2 Mio. ÖGK-Versicherte herrschen.

[Read more ... Kassenreform: ÖGB und AK fordern „Rückgabe an Versicherte“](#)

2019-12-14 12:22

Kassenreform: WGKK fordert Korrekturen

Der Verfassungsgerichtshof hat die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen im Großen und Ganzen bestätigt. Nur bei Details sehen die Verfassungshüter Korrekturbedarf. Der Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) will aber tiefergehende Korrekturen.

Verfassungswidrig ist lediglich die geplante Übertragung der Sozialversicherungsprüfung von den Kassen an die Finanz. Das Erkenntnis des VfGH sei zur Kenntnis zu nehmen, sagte WGKK-Obmann Alois Bachmeier. Von der kommenden Regierung hofft der aus der Gewerkschaft kommende Bachmeier allerdings größere Korrekturen. Stein des Anstoßes ist für ihn die paritätische Besetzung der Gremien zwischen Dienstgebern und Dienstnehmern.

„Da muss man dazusagen, dass die Arbeitgeber, die jetzt bestimmen, ja nicht mal in dieser Versicherung – der ÖGK – versichert sind. Die haben einen eigenen Versicherungsträger“, so Bachmeier. In der Versicherung der Selbstständigen – der SVA – haben die Arbeitnehmer hingegen nichts mitzureden. Die letzte Regierung habe sich mit dieser Regelung verstiegen, das könne man leicht korrigieren, meint der

Mehr Krankenstandskontrollen gefordert

Eine andere Forderung an die künftige Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) kommt von der Wirtschaftskammer. Die fordert mehr Kontrollen von Krankenständen. Arbeitgeber sollen diese anordnen können und nicht nur anregen. Kein Verständnis für diesen Wunsch hat die Wiener Arbeiterkammer: „Schon jetzt werde eher zu viel kontrolliert. „Wir haben allein in Wien 20.000 bis 25.000 Krankenstandskontrollen pro Monat. Und von diesen 25.000 Kontrollen kommt es nur in zehn Fällen zu einer Streichung des Krankengeldes“, sagte Wolfgang Panhölzl von der Arbeiterkammer.

Mehr Kontrollen hieße nur mehr Druck auf die Arbeitnehmer, so der Experte, und Rechtsstreitigkeiten, weil der Kassen-Chefarzt etwas anders sieht als der Hausarzt. Die Wirtschaftskammer erklärt dazu schriftlich, es sei „wichtig, Fairness sicherzustellen und Missbrauch einzudämmen – im Sinne aller BeitragszahlerInnen – sowohl auf Arbeitnehmer als auch auf Arbeitgeberseite.“

Krankenstände werden weniger

Grundsätzlich sinkt die Anzahl der Krankenstände seit Jahren. 1990 verzeichnete der Hauptverband der Sozialversicherungsträger für Wien im Schnitt 16 Krankenstandstage pro Arbeitnehmer, 2000 noch 14,7 Tage. 2018 waren es nur bei der WGKK 13,1 Tage. Die Wirtschaftskammer fordert in einem Papier auch weitere Verschärfungen bei den Krankenständen, so soll der Arbeitgeber etwa über eine Bettruhe oder Ausgezeiten Bescheid wissen. Wann eine Entscheidung fällt, ist derzeit nicht klar. Die Wirtschaftskammer sagt dazu: Zunächst soll die Österreichische Gesundheitskasse mit einer Analyse beauftragt werden.

[Read more ... Kassenreform: WGKK fordert Korrekturen](#)

2019-11-29 10:40

[Anderl: „Energiearmut bekämpfen – besonders in Zeiten der Klimakrise“](#)

AK for Future: Den Interessen der Bevölkerung werden im Nationalen Klimaplan zu wenig Augenmerk geschenkt, beispielsweise Energiearmut: 140.000 Personen können in Österreich ihre Wohnung nicht angemessen warmhalten

Im Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut sind aus Sicht der Arbeiterkammer völlig unzureichend. „Energiearmut ist aufgrund ihrer Vielschichtigkeit eine große Herausforderung. 140.000 Personen in Österreich frieren in ihren Wohnungen, weil sie sie nicht angemessen warmhalten können. Energiearmut muss auch ein Thema für den Klimaschutz sein“, sagt AK Präsidentin Renate Anderl anlässlich des weltweiten Klimastreiks, heute,

Freitag.

Die AK fordert verbindliche und effektive Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut wie Sozialtarife, Verbesserungen der Grundversorgung sowie verpflichtende Maßnahmen der Energieeffizienz für einkommensschwache Haushalte. Wie im Nationalen Energie- und Klimaplan erwähnt, müssen jährlich Energieeffizienzmaßnahmen bei Haushalten durchgeführt werden, doch von diesen rund 40 Prozent Haushaltsmaßnahmen wurden nur 0,9 Prozent bei einkommensschwachen Haushalten gesetzt.

Verbesserungen sind ebenso im Bereich der Wärmeversorgung erforderlich. Anders als im Strom- und Gasbereich fehlen hier spezifische Schutzrechte für WärmekundInnen, wie etwa. Abschaltverbote vor Wochenenden und Feiertagen, Regelungen zur Grundversorgung oder Festlegung der Höhe der Kosten für Abschaltungen von Wärmeversorgung im Fall von Zahlungsverzug.

Zudem muss endlich eine praxistaugliche Definition von Energiearmut angewandt werden, die einen ganzheitlichen Blick auf das Phänomen ermöglicht. „Energiearmut setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen, die alle gleichermaßen berücksichtigt werden müssen“, betont AK Präsidentin Renate Anderl. Geringe Einkommen und hohe Energieverbräuche spielen dabei genauso eine Rolle wie steigende Energiepreise und thermisch schlecht isolierte Wohnräume. Erst auf Basis einer mehrdimensionalen Definition können treffsichere und nachhaltige Lösungen entwickelt werden, beides fehlt derzeit im NEKP zu großen Teilen.

Unzureichend sind die im Klimaplan angeführten Maßnahmen: Sowohl die Mindestsicherung als auch Wohnbeihilfe, sind aber keine spezifischen Instrumente zur Verringerung von Energiearmut. Zudem ist davon auszugehen, dass gerade jene Gruppen, die unter Energiearmut leiden, von den Kürzungen der Mindestsicherung massiv betroffen sind, heißt es in der Stellungnahme der Arbeiterkammer zum NEKP. Auch die Wohnbauförderung als Instrument einzusetzen, bekämpft die Energiearmut nicht. Denn um die Wohnbauförderung in Anspruch nehmen zu können, braucht man finanzielle Eigenmittel, über die einkommensschwache Haushalte in der Regel nicht verfügen bzw. gar nicht verfügen können.

Neben der fehlenden Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut kritisiert die AK, dass der jetzt vorgelegte Nationale Energie- und Klimaplan die Interessen der 3,7 Millionen Beschäftigten in Österreich weitgehend ausblendet. Der Plan legt keinen verbindlichen Finanzrahmen fest und listet vor allem längst beschlossene Maßnahmen auf. „So kann die Klimakrise nicht bewältigt werden“, sagt AK Präsidentin Renate Anderl. Die AK fordert stattdessen als Sofortmaßnahme 10 Milliarden mehr für den Klimaschutz bis 2030, unter anderem sollten mindesten drei Milliarden in die Thermische Sanierung und in die Umstellung von klimafreundlichen Heiz- und Kühlsysteme fließen.

[Read more ... Anderl: „Energiearmut bekämpfen – besonders in Zeiten der Klimakrise“](#)

2019-11-15 14:58

[„Ibiza-Video“: Kurz widerrief Behauptung über SPÖ](#)

ÖVP-Obmann Sebastian Kurz hat seine Aussage im Wahlkampf, die SPÖ könnte in die Herstellung des „Ibiza-Videos“ involviert sein, öffentlich widerrufen.

Die Sozialdemokraten hatten den ehemaligen Kanzler geklagt, gerichtlich wurde die Wiederholung dieser Behauptung bereits verboten. Nunmehr hätten beide Parteien den Rechtsstreit beigelegt, schrieb Kurz heute in einer Aussendung.

Kurz hatte in einem Interview mit der „Krone“ am 19. Mai behauptet, die SPÖ sei verdächtig, die Herstellung und Veröffentlichung der „Ibiza-Videos“ mit dem Politberater Tal Silberstein beauftragt oder organisiert zu haben.

Nun zog er das vollständig zurück: „Ich habe mich unter anderem verpflichtet, die Äußerungen nicht zu wiederholen, und ziehe sie mit Hinweis auf ihre Unwahrheit und unter aufrichtigem Bedauern über meine Worte ausdrücklich als unrichtig zurück.“

[Read more ... „Ibiza-Video“: Kurz widerrief Behauptung über SPÖ](#)

2019-11-14 13:34

[FSG Wimmer: Ausweitung der abschlagsfreien Pension ist Frage der Gerechtigkeit](#)

Appell an ÖVP, Grüne und NEOS: Arbeitende Menschen nicht zum Spielball der Politik machen

Gestern wurde von der SPÖ ein Fristsetzungsantrag eingebracht, um sicherzustellen, dass noch im Dezemberplenum die Ausweitung der abschlagsfreien Pension behandelt wird. „Nachdem bereits im Budgetausschuss das Thema auf die lange Bank geschoben wurde, wurde wieder mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und NEOS auch dieser Antrag abgelehnt“, erläutert der Vorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB, Rainer Wimmer. „Für uns steht dennoch fest: Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der Post und der Bahn von der abschlagsfreien Pension profitieren können. Ebenso wollen wir die Berücksichtigung des Präsenz- und Zivildienstes sowie die Neuberechnung der Pensionen all jener, die seit 2014 in Pension gegangen sind und Abschläge hinnehmen mussten“, sagt Wimmer.

Er bezeichnet die Ausweitung der Regelung als „Frage der Gerechtigkeit und des Respekts vor den Menschen, die lange und schwer gearbeitet haben und mehr als genug ins Pensionssystem eingezahlt haben.“ Derzeit werde eine Verzögerungstaktik betrieben, die ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen sei.

„Wenn immer wieder gesagt wird, Leistung muss sich lohnen, dann wäre es ein erster Schritt, diejenigen, die 45 Jahre lang geleistet haben und oft am Ende ihrer körperlichen Kräfte sind, entsprechend zu honorieren und nicht dafür zu bestrafen, dass sie aufgrund der überdurchschnittlich langen Erwerbstätigkeit vor dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter in den Ruhestand treten“, betont Wimmer.

Der FSG-Vorsitzende äußert auch die Befürchtung, dass der im September beschlossene abschlagsfreie Pensionsantritt ab 1. Jänner 2020 wieder zurückgenommen werden könnte: „Im Nationalrat wurden bereits entsprechende Anträge von den NEOS eingebracht, und weder ÖVP noch Grüne haben sich dazu deklariert. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich darauf verlassen können, dass bereits im Parlament mit klarer Stimmenmehrheit verabschiedete Regelungen halten. Es bleibt zu hoffen, dass die kommende Regierung die arbeitenden Menschen nicht zum Spielball der eigenen Interessen macht.“

[Read more ... FSG Wimmer: Ausweitung der abschlagsfreien Pension ist Frage der Gerechtigkeit](#)

2019-11-11 09:18

[Landeshauptmann Stelzer lässt die ArbeiterInnen im Stich](#)

Gesundheits- und Pflegebereich: LH verweigert Verhandlungen zu Besserstellung von Arbeiterinnen und Arbeitern

Nur kurz währte bei zahlreichen Berufsgruppen die Erleichterung darüber, dass Landeshauptmann Thomas Stelzer nach fast einem Jahr des Hinhaltens sich nun endlich an den Tisch gesetzt hat, um mit den Gewerkschaften über Arbeitsbedingungen und Entlohnung im Gesundheits- und Pflegebereich zu verhandeln. Stelzer stellte nämlich nun klar, dass er die ArbeiterInnen in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen von den Verhandlungen ausschließen will. „Wir sehen das als grobes Foul an jenen, die täglich unverzichtbare Arbeit leisten, die leider ohnehin oft nicht genügend wertgeschätzt wird“, ärgert sich Sabine Ameshofer, Landesvorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) in der Gewerkschaft vida.

Nur ÄrztInnen und PflegerInnen machen noch kein Krankenhaus

„Ein Krankenhaus oder eine Pflegeeinrichtung besteht nicht nur aus ÄrztInnen und PflegerInnen. Genauso gehören Reinigungskräfte, HaustechnikerInnen, Küchenpersonal und viele mehr dazu, damit alles einwandfrei läuft“, stellt der Landesvorsitzende der FSG in der younion, Christian Jeding, klar.

Auch in diesem Bereich ist es wichtig, dass die KollegInnen faire Rahmenbedingungen vorfinden. In den vergangenen Jahren ist es immer schwieriger geworden, Personal für diese Berufe zu finden. „Wir spüren einen eklatanten Fachkräftemangel in diesem Bereich, weil die Bezahlung viel zu niedrig ist“, bringt es der Betriebsratsvorsitzende des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder Linz, Erwin Deicker, auf den Punkt. Stelzers Gesprächsverweigerung wird diese Situation noch weiter verschärfen.

„Die Menschen, die den Operationssaal reinigen oder sich um die elektrischen Leitungen kümmern, haben sich mehr Respekt verdient. Wir werden daher nicht lockerlassen und Verhandlungen einfordern“, kündigt

der Landesgeschäftsführer der FSG-younion, Mario Kalod, an.

[Read more ... Landeshauptmann Stelzer lässt die ArbeiterInnen im Stich](#)

Page 1 of 9

- 1
- [2](#)
- [3](#)
- [4](#)
- [5](#)
- [6](#)
- [7](#)
- [Next](#)
- [Last »](#)